

Münster, 20. September 2006

**Verbandstag 2006
Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen
vom 18. bis 20. September in Münster**

Wohnungswirtschaft fordert neue Wege zur Stadtentwicklung

Der Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen (VdW) hat im Rahmen seines dreitägigen Verbandstages 2006 in Münster von der Landesregierung neue Wege zur Stadtentwicklung gefordert. Verbandsdirektor Burghard Schneider: „Zentraler Punkt ist die schnelle Vorlage einer gesetzlichen Regelung, die die Möglichkeit eröffnet, alle Akteure in einem zu revitalisierenden Gebiet an den Nutzen, aber auch an den Kosten der Stadtentwicklung zu beteiligen.“

Mit ihren „Wohnungspolitischen Thesen 2006“ fordern die 460 Wohnungsunternehmen im VdW Rheinland Westfalen Bauminister Wittke u. a. auf, auch die Eigentümer von Wohnimmobilien in das von ihm geplante Gesetz zur beschleunigten Realisierung von freiwilligen Standortgemeinschaften aufzunehmen. Außerdem müsse sich das Gesetz nicht nur auf die Aufwertung von Innenstädten, sondern auf die gesamten Stadtgebiete beziehen, da eine Stadtentwicklung unabdingbar alle Stadtteile einschließlich aller Bereiche des Wohnens und Lebens beinhalten müsse. „Es darf nicht nur um die Aufwertung der Innenstädte, sondern muss auch um die Aufwertung der

Wohnungsbestände in der ganzen Stadt gehen“, so Verbandsdirektor Burghard Schneider.

Der VdW Rheinland Westfalen plädiert deshalb für die Erweiterung der vom Bauminister vorgesehenen „Business Improvement Districts“ (BIDs) um die „Housing Improvement Districts“ (HIDs), um die „Trittbrettfahrer“ der privaten Eigentümer von Wohnimmobilien mit in das Boot holen zu können, wann es darum geht, privates Kapital und privates Engagement zu mobilisieren.

Hauptredner der VdW-Verbandstages „Zukunftsicheres Wohnen und Leben – Neue Wege zur Stadtentwicklung“ war am Mittwoch, 20. September der ehemalige sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, der vor allem auf die komplexen Zusammenhänge einer aktiven Stadtentwicklung hinwies und dafür plädierte, bei einer „offenen Stadtentwicklung, die Stadt als Ganzes“ zu sehen. Die „Wohnungspolitischen Thesen 2006“ des Verbandes nannte er „alles sehr sinnvolle Forderungen“.

In einer Talkrunde „Journalisten fragen – Politiker antworten“ sprachen sich die wohnungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen klar für das vom Verband geforderte Stadtentwicklungsinstrument aus, während dies von der CDU als ein „interessanter Ansatz für einen notwendigen Diskussionsprozess“ gewertet wurde.